



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

P./IX/102 - 5.5.1954 Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Hinweise  
auf den Inhalt:

---

Man spricht von Dulles Rücktritt	S. 1
Misslungener Streik in Frankreich	S. 3
Familienwahlrecht ?	S. 5
Seebohm und die Welfen	S. 6

---

## Am Beispiel Englands

(sp) Erst am Wochenende wird der eigentliche Konferenzbetrieb in Genf wieder aufgenommen werden. Die Zeit bis dahin soll mit informativen Gesprächen in kleinen Kreisen ausgefüllt sein. Die Abreise Dulles' aus Genf ist an sich keine besondere Überraschung, denn schon bei seiner Ankunft hatte er erklärt, "drei Stunden" nach Beginn des Treffens werde er sehen, ob er "länger als eine Woche" bleiben werde.

Aber die näheren Umstände seines Entschlusses zwingen doch zu der Feststellung, dass Dulles mit seiner speziellen Fern-Ost-Konzeption einen schweren Rückschlag erlitten hat, nicht so sehr durch seine eigentlichen fernöstlichen Gegenspieler, als durch den Widerspruch der westlichen Partner gegen seinen scharfmacherischen Kurs.

An diesem Fall ist klar geworden, dass die Selbstsicherheit, um nicht zu sagen Selbstherrlichkeit der Politik des State Department ihre Grenzen auch an der selbständigen Meinung befreundeter Regierungen haben kann, wenn sie nur entschieden und konsequent genug vertreten wird. Wieweit aber das Gefühl dafür verbreitet ist, dass die Ablösung Dulles' durch seinen Stellvertreter in der Leitung der amerikanischen Aussenpolitik, den Russlandkenner Bedell Smith, keine durch Arbeitsüberlastung in Washington verursachte Routineangelegenheit ist, geht daraus hervor, dass überall von der Möglichkeit eines Rücktrittes von Dulles gesprochen wird. Es braucht sich dabei um nicht mehr als Gerüchte zu handeln. Aber dass sie so

konkret und aus verschiedenen Quellen gerade zu diesem Zeitpunkt auftauchen, ist bezeichnend.

Der Kern der Auseinandersetzung war und ist es, dass Grossbritannien und Frankreich die letzten Verhandlungsmöglichkeiten mit den Mächten des Fernen Osten ausschöpfen wollen, um zu irgendeinem, wenn auch noch so bescheidenen Fortschritt gegenüber dem augenblicklichen Stand der Dinge zu gelangen. Eden ist darin durch die weitgehenden Erklärungen Churchills über die Unausweichlichkeit besserer Beziehungen zur Sowjetunion und durch die Rückendeckung der Colombo-Konferenz unterstützt worden. Der verärgerte Dulles, dem es bei seinem europäischen Blitzbesuch nicht gelungen war, Frankreich und England schon vor Konferenzbeginn auf eine gemeinsame Warnung an China festzulegen, musste nun den Ausbruch eines Willens zur Unabhängigkeit bei seinen westlichen Partnern erleben, der zumindest vorläufig der amerikanischen Eigenmächtigkeit im Fernen Osten Grenzen setzt.

Im Unterschied zu der Berliner Konferenz, auf der die westliche Einheit fast demonstrativ zutage trat, zeigt Genf Brüche in der Front der Westmächte, die man freilich nicht allzu tragisch zu nehmen braucht. Auch vom richtig verstandenen amerikanischen Interesse her gesehen ist eine sozusagen europäische Initiative in den komplizierten Asienfragen nicht abträglich, sondern vielleicht sogar begrüssenswert, weil sie den USA erspart, das Odium des kompromisslosen Verhandlungspartners auf sich zu nehmen, an dessen Verhalten jede denkbare Übereinkunft von vornherein scheitern muss.

Das alles hat sich in einer relativ ruhigen Atmosphäre vollzogen. In den USA hat sich anscheinend die Erkenntnis doch recht weitgehend durchgesetzt, dass in so entscheidenden Fragen, die die Sicherheit und Existenz ganzer Völker berühren, Pressionsversuche nicht angebracht sind. England und Frankreich liegen dem tödlichen Wirkungsbereich sowjetischer Atombomben näher als die USA, und ihr Interesse an der Beilegung von Konflikten ist unmittelbarer, als es bei den durch zwei Ozeane ungleich besser geschützten Vereinigten Staaten von Nordamerika zutrifft.

Die englische Initiative und ihr erwiesener Erfolg im Hinblick auf die einstweilen revidierte amerikanische Haltung ist ein beispielhafter Vorgang für das Wirksamwerden eines eigenen nationalen Standpunktes, sofern man ihn entschlossen und zäh vertritt. Sie ist auch ein Stück guten Anschauungsunterrichtes für die Politik der Bundesregierung, die eine solche Bekundung vitaler Interessen der eigenen Nation so oft vermissen liess.

+

+

+

- 3 -

Lehren eines Streiks

G.S. Paris, Anfang Mai

Zwei Monate hindurch war dieser 24stündige Generalstreik vom kommunistischen Gewerkschaftsverband vorbereitet worden. Nachdem es ursprünglich den Anschein hatte, als wolle der Verband diesen Streik mit einer Parlamentsdebatte über die EVG "synchronisieren" oder mit der Genfer Konferenz zusammenfallen lassen, liess die kommunistische CGT dann alle politischen Losungen fallen und beschränkte sich auf die Forderung nach Erhöhung des Mindestlohns in Frankreich. In den zwei Wochen, die dem Streik vorangingen, schloss sich auch der christliche Gewerkschaftsverband der Streikparole an. Damit war die Grundlage für eine sehr ernste Streikbewegung gegeben, und zwar obwohl sich der den Sozialisten nahestehende Verband "Force Ouvriere" der Streikparole nicht anschloss.

Nun: der Streik vom 28. April war weder "general", noch auch eindrucksvoll. Er war nicht "general", weil die Eisenbahnen normal verkehrten, weil nur 20 Prozent aller Arbeiter der Metallindustrie streikten, weil die Bergarbeiter der Streikparole nicht Folge leisteten, weil die Post fast normal arbeitete und weil schliesslich - last, not least - in der kommunistischen Hochburg der Pariser Automobilwerke "Renault" von fast vierzigtausend Arbeitern nur 2.500 dem Streikbefehl Folge leisteten. Dabei kann man sagen, dass die Streikbewegung auch bei zustimmender Haltung von "Force Ouvriere" keinen wesentlich grösseren Erfolg gehabt hätte.

Auf der Suche nach Ursachen und Lehren dieses Streikes ist folgendes festzustellen: Im August vergangenen Jahres entfesselten einige Postarbeiter spontan einen Streik in Bordeaux, der das ganze Land ergriff und Millionen in die Streikbewegung hineinzog. Es war dies der spontane Ausbruch der Revolte eines Bevölkerungstreiks, der ein menschenwürdiges Leben forderte. Der Streik vom 28. April hingegen war lange vor "Generalstäben" vorbereitet worden, die einerseits vermeintlichen politischen Geboten folgten, andererseits aber ganz offensichtlich keine Ahnung von der Streikmüdigkeit der Arbeiterschaft hatten.

Dies ist in der Tat die ernstere Lehre des 28. April, der ein wichtiges Datum für die französische Arbeiterbewegung geworden ist: eine nicht zu übersiehende Resignationsbereitschaft hat in Frankreich

jetzt auch den aktivsten und dynamischsten Teil der Bevölkerung erfasst, die aktivsten Kommunisten selbst - die Arbeiter in den Automobilwerken von Renault - folgen den Streikparolen nicht mehr ...

Eine andere Lehre ist die Erkenntnis, dass die Gewerkschaftsspaltung sich in Frankreich immer verhängnisvoller auswirkt. Sie hat vor allem zur Folge gehabt, dass das Heer der Unorganisierten grösser geworden ist als das jener, die noch die Notwendigkeit empfinden, einer gewerkschaftlichen Organisation anzugehören. Bei den Massenstreiks im August vergangenen Jahres machten die Unorganisierten mit, weil sie fühlten, dass der Streik spontan aus den Massen heraus entstanden war und weil sie glaubten, dass eine echte Bewegung im Gange war. Die Aufrufe der "Generalstäbe" zur diesmaligen Aktion haben sie nicht beachtet.

Man kann nun zwar erfreut darüber sein, dass ein kommunistisches Manöver gescheitert ist. Aber man muss sich auch mit Sorge fragen, ob die Krise der gesamten französischen Gewerkschaftsbewegung nicht in absehbarer Zukunft zu einer weiteren Erstarrung der französischen Sozialbewegung führen wird. Und in diesem Sinne konnte eigentlich nur der Innenminister der gegenwärtigen konservativen Regierung über den Ausgang eines Tages froh sein, der zwar die tiefe Krise der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung, mit ihr aber auch die Krise der gesamten französischen Arbeiterbewegung enthüllte.

Der alte Veteran der französischen Gewerkschaftsbewegung, Leon Jouhaux, starb gerade an diesem 28. April - ein wahrhaft symbolischer Vorgang. Das fünfzigjährige Wirken dieses Mannes von der Zeit der ursprünglich anarchistisch beeinflussten Bewegung bis zu ihrer teilweisen Integration in die Gesellschaft und ihrer gegenwärtigen Krise, wurde an dem Tage abgeschlossen, da diese Krise ihren deutlichsten Ausdruck fand. Mit dem Dank, der dem Wirken dieses Mannes geschuldet ist, verbindet sich der Wunsch nach einer Erneuerung der Aktivität der französischen Sozialbewegung, die allein imstande sein konnte, die Krise der französischen Gesellschaft zu überwinden.

+ + +

"Wahlrecht für Kinder - keine Illusion"

C.G. Dieser Slogan ist weder der Titel eines Pamphlets extremer Streiter für das "Jahrhundert des Kindes", noch - oder vielmehr noch nicht - das Leitmotiv einer Sonntagsrede des Bundesfamilienministers. Wir müssen jedoch damit rechnen, dass Herr Würmeling bald dieses Thema aufnehmen wird - allerdings in anderer Weise, als die Schlagzeile zunächst vermuten lässt.

Die in Recklinghausen erscheinende katholische Wochenschrift "Echo der Zeit" hat die ersten Takte der Ouvertüre bereits angestimmt. Sie berichtet von einer Debatte im belgischen Senat, bei der es um die Einführung des sogenannten Familienrechtes ging. Hinter diesem Begriff verbirgt sich nichts anderes als ein neues Mehrklassenwahlrecht, das diesmal nicht aufgrund des Einkommens und Vermögens, sondern aufgrund der Kinderzahl abgestuft werden soll. Jeder Erziehungsberechtigte - ob Vater oder Mutter wird bezeichnenderweise nicht gesagt - soll das Wahlrecht für seine minderjährigen Kinder ausüben können.

Voller Schmerz berichtet "Echo der Zeit", dass der belgische Senat einen Antrag der belgischen christlichen Volkspartei auf Einführung dieses famosen Wahlrechts abgelehnt habe, allerdings nur mit einer Stimme Mehrheit. Hoffnungsvoll setzt das Blatt jedoch hinzu: "Diese vorläufig noch verschleierte Haltung des Senats wird sich im nächsten Monat klarer abzeichnen und in späterer Zeit zur beabsichtigten Einführung des Familienwahlrechts führen". Inzwischen haben die belgischen Wähler durch ihr Votum, das der Alleinherrschaft der christlichen Volkspartei ein Ende bereitete, diesen Spuk zunicht gemacht.

Da sich die schlechte Ware "Familienwahlrecht" in Belgien nun nicht mehr verkaufen lässt, steht zu befürchten, dass sie in die Bundesrepublik importiert wird. Die nationalsozialistischen Bevölkerungspolitiker haben dieses Instrument, den Wählerwillen zu verfälschen, wahrscheinlich nur deshalb nicht benutzt, weil ein totalitärer Staat auf solch subtile Methoden der Unterdrückung nicht angewiesen ist. In der Bundesrepublik sind wir noch nicht soweit, und deshalb ist es vielleicht durchaus möglich, dass bei den Beratungen zu einem

Wahlgesetz Politiker mit dem Gedanken des Familienwahlrechts schwanger gehen werden, um die absolute Mehrheit der CDU bis zum Sankt-Nimmerleinstag zu verewigen.

Vor derartigen Manipulationen kann nicht zeitig und energisch genug gewarnt werden. Ein Familienwahlrecht - in welcher Form auch immer - würde das Prinzip der Gleichheit und damit die rechtsstaatlich-demokratische Grundordnung beseitigen. Seine Befürworter sollten sich dieser ernstesten Konsequenz bewusst sein!

+ + +

"Hie Welf - hie Hohenzoller"

Aus Niedersachsen wird uns geschrieben:

Bei der Taufe des Erbprinzen auf Schloss Marienburg sind neben der Anwesenheit Otto von Habsburgs, der sich bisher nur selten im Kreis des deutschen Hochadels zeigte, zwei Dinge aufgefallen: dass die Hohenzollern nicht durch Prinz Louis Ferdinand, den Chef des Hauses, vertreten waren, sondern durch Prinz Oskar, den letzten noch lebenden Sohn Wilhelms II., und ferner, dass die DP-Minister Hellwege und Seeborn abgesagt hatten. Man sah auch nur ausgesprochene DP-Welfenanhänger, keine DP-Politiker.

Es ist im Grunde genommen eine Auseinandersetzung "Hie Welf, hie Hohenzoller", eine Auseinandersetzung über die Frage, welchem der beiden Häuser bei der Propagierung einer Restauration der Vorzug zu geben sei. Als 3. Kraft treten, allerdings mit weniger Anhängerschaft, die Wittelsbacher auf den Plan. Zu den Ambitionen der Hohenzollern hatte nun in den letzten Jahren die Herzoginwitwe von Braunschweig und Lüneburg, bekanntlich eine Tochter Wilhelms II., einen gewichtigen Beitrag geliefert. Die Herzogin war im Gegensatz zu ihrem stillen Mann nie frei von politischem Ehrgeiz und der Aufwand bei der Welfen-Hochzeit vor 2 1/2 Jahren ist im wesentlichen auf sie zurückzuführen.

Vor zwei Jahren organisierte sie eine Ferienplatz-Aktion für Berliner Kinder, die beachtliche Erfolge hatte (jährlich etwa 2 000 Ferienplätze). Dazu umgab sie sich immer mehr mit vertriebenen märkischen Adligen und drängte so den welfentreuen niedersächsischen

Adel in den Hintergrund, was den ausgesprochenen Welfenflügel der DP in Harnisch brachte. (Ein richtiger Welfe darf nie vergessen, dass die Preussen 1866 das angestammte Königshaus vertrieben haben).

Als im vergangenen Jahr der alte Herzog starb und der junge Ernst August "ans Ruder" kam, versuchte er, den Preussen-Kurs zu bremsen. Er erkannte aber die Zugkräftigkeit der Ferienaktion und verlangte, dass die Aktion auf seinen Namen umgetauft werde. Das verweigerte seine Mutter, worauf er als Chef des Hauses ein Machtwort sprach. Aber Viktoria Luise liess sich nicht einschüchtern und liess kurzerhand im vergangenen Sommer die Aktion auslaufen. Darauf kürzte der Herzog seiner Mutter die Apanagen empfindlich, wozu er nach Hausrecht, nicht aber nach BGB berechtigt ist. Die alte Herzogin ist dadurch in Schwierigkeiten geraten und es verlautet, wie von Eingeweihten versichert wird, dass bald mit einem Krach zu rechnen sei.

Diese Dinge haben sich auch auf die Taufe ausgewirkt. Zwei Tage vor der Taufe war man über das Zeremoniell noch nicht einig, insbesondere wusste man nicht, wer das Baby zum Taufbecken tragen solle. Bei der Taufe selbst war zu bemerken, dass das Kind nur von Welfenhand zu Welfenhand wechselte. Die äusserlich sichtbare Anteilnahme der Grossmutter (Viktoria Luise) bestand in einem Kuss, den sie nach der Taufe dem Kind gab.

Seebohm hat andere Gründe als Hellwege, die Marienburg zu meiden. Kurz vor seinem Tod bat der alte Herzog Seebohm in einem Brief, dieser möge die Herzogin in ihrer Ferienaktion unterstützen, wenn er nicht mehr am Leben sei. Als nun Seebohm von den Differenzen zwischen der Herzoginwitwe und ihrem Sohn hörte, intervenierte er schriftlich zugunsten der Herzogin. Der junge Herzog, dem gut getarnte politischen Ambitionen zugeschrieben werden, soll zurückgeschrieben haben, dass sein Vater bei der Abfassung des seinerzeitigen Briefes an Seebohm wohl schon stark an Altersschwäche gelitten habe. Darauf brach Seebohm, der nur solange Welfe war, bis er in der Vertriebenen-Politik ein dankbareres Feld witterte, seine Beziehungen zur Marienburg ab.